

ANTRAG

an die 189. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 23. Mai 2025

Ja zum Sparen, aber nicht auf dem Rücken der Familien. Familienleistungen auch in Zukunft valorisieren!

Die 189. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Tirol fordert die Bundesregierung auf, das Kinderbetreuungsgeld und die Familienbeihilfe auch in Zeiten der Budgetkonsolidierung zu valorisieren.

Begründung:

Wie die Bundesregierung vor wenigen Tagen bekannt gegeben hat, sollen im Rahmen der Budgetkonsolidierung das Kinderbetreuungsgeld sowie die Familienbeihilfe in den kommenden zwei Jahren nicht valorisiert werden:

Karenzgeld und Familienbeihilfe steigen nicht

Die im Zuge der Budgetkonsolidierung geplanten Sparmaßnahmen der Regierung treffen auch Sozialleistungen für Familien: Familienbeihilfe und Karenzgeld werden in den kommenden beiden Jahren nicht valorisiert. Das teilte Familienministerin Claudia Plakolm (ÖVP) am Mittwoch schriftlich mit. Zuvor war schon bekannt, dass die Valorisierung des Kinderabsetzbetrags für zwei Jahre ausgesetzt wird.

Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP) hatte schon vor Plakolms Ankündigung die anstehenden Sparmaßnahmen bei Familien verteidigt. „Niemand wird weniger erhalten, sondern es wird für zwei Jahre die Erhöhung ausgesetzt“, sagte er im Pressefoyer nach dem Ministerrat. Der ÖVP-Cheferinnerte daran, dass es die jährlichen Anpassungen bis vor Kurzem noch gar nicht gegeben habe.

Die Familienbeihilfe wird nach Alter gestaffelt ausbezahlt. Die aktuellen Werte lauten: null bis zwei Jahre: 138,4 Euro pro Monat, drei bis neun Jahre: 148 Euro pro Monat, zehn bis 18 Jahre: 171,8 Euro pro Monat, ab 19 Jahren: 200,4 Euro pro Monat. Im Schnitt werden laut Familienressort durch das Aussetzen der Valorisierung 4,20 Euro monatlich nicht ausgeschüttet. An Einsparungen bringt das 2026 mehr als 100 Millionen Euro und 2027 mehr als 200 Millionen. Beim Kinderbetreuungsgeld erspart man sich kommendes Jahr 30 Millionen Euro, 2027 immerhin 55 Millionen. Für heuer wurden die Valorisierungen ja schon vorgenommen. (Quelle: <https://orf.at/stories/3392767/>)

Bei allem Verständnis dafür, dass Österreich in den kommenden Jahren das Budget in Ordnung bringen muss, sollte unbedingt darauf geachtet werden, dass keine Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Familien erfolgen. Denn insbesondere Familien tragen bereits hohe finanzielle Lasten, müssen für Unterkunft, Betreuung, Bildung, Kleidung und Ernährung ihrer Kinder sorgen und geraten durch steigende Lebenshaltungskosten wesentlich schneller unter Druck als Personen ohne Betreuungspflichten.

Abgesehen davon bedeuten Einsparungen von Familienleistungen auf Bundesebene eine Mehrbelastung für die ebenfalls stark strapazierten Landesbudgets. Sinkt das Familieneinkommen bzw. die Kaufkraft durch die Reduzierung bzw. Nichtvalorisierung von Bundesförderungen, werden mehr Familien Anspruch auf Landesförderungen wie beispielsweise den Heizkostenzuschuss oder die Schulkostenbeihilfe haben und diese auch dringend benötigen.

Jedenfalls werden Familien durch die geplanten Sparmaßnahmen der Bundesregierung weiter unter Druck gesetzt und in Richtung der Armutsgefährdungsschwelle gedrängt. Aus diesen Gründen muss im Sinne einer familienfreundlichen Politik, die Familien als Grundlage der Gesellschaft anerkennt, von den geplanten Sparmaßnahmen bei Familienleistungen Abstand genommen werden!